



THÜRINGEN LIBERAL

ZEITSCHRIFT DER FREIEN
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
05 | 2007 JAHRGANG 5



Liberaler Hochsommer

FDP-Kreiverbände nutzen das Sommerloch für Aktivitäten



Stiftung für die Freiheit:
Friedrich-Naumann-
Stiftung präsentiert sich
mit neuer Programmatik



Wir feiern die Freiheit:
Uwe Barth MdB zum
Thema „Liberalismus“ –
Alles andere als einfach



Walther Rathenau:
Portrait eines Liberalen
Politikers, Industriellen
und Schriftstellers



Der Landtag im Internet

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,

die Öffentlichkeitswirkung des Thüringer Landtages auf elektronischem Wege hat eine Modernität erreicht, die man ohne liberale Kraft und Stimme so nicht erwartet hätte. Schließlich verfügt das Landesparlament über eine exzellente und hervorragende Internetpräsenz. Angesichts der parlamentarischen Vertreter schon erstaunlich. Ganz im Ernst – die Homepage des Thüringer Landtages gehört zweifelsohne zu den gelungenen, kompetenten und hoch technisierten Internetpräsenzen innerhalb der Parlamentsseiten.

Der Deutsche Bundestag und die allermeisten Landesparlamente können sich von den Thüringern ein erhebliches Häppchen abschneiden. So können sich Interessierte live die Parlamentsdebatten ansehen, ohne das Landtagsgebäude überhaupt zu betreten. Die Debatten werden direkt in sehr hoher Bild- und Tonqualität im Internet übertragen. Welcher Politiker von welcher Fraktion und welchem Wahlkreis gerade spricht, kann

nebenbei mit einem einfachen Klick abgerufen werden und zu welchem Thema – falls aus dem Redebeitrag nicht, wie so oft, erkenntlich – ebenfalls. Der beratende Tagesordnungspunkt, die dazugehörige Drucksache und der mögliche parlamentarische Verlauf sind genauso sofort einsehbar. Die Tagesordnungen samt Drucksachen stehen bereits vor Beginn der Plenarsitzungen zur Verfügung. Während der Debatte werden die bereits beendeten Tagesordnungspunkte mit einem dicken roten Haken gekennzeichnet. Möglicherweise hat dadurch der Internetsurfer einen besseren Überblick über den Verlauf der Sitzung als mancher Parlamentarier vor Ort.

Wer glaubt, die Landesregierung habe bei der Internetpräsenz ganze Arbeit geleistet, irrt. Verantwortlich ist, wie man hört, vor allem die Landtagsverwaltung um Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski, aber auch das einzig bekennende Oppositionsmitglied der CDU-Fraktion, Jörg Schwäblein,



Foto: Axel Heyder

sowie der kompetente Mitarbeiterstab um Christine Lieberknecht. Mit der technischen Umsetzung der Webseite wurde die TU Ilmenau betraut.

Doch gerade die gute Internetpräsenz verdeutlicht Fehler, die man ohne sie kaum erkannt hätte: Es sind die Inhalte, die Qualität der dargebrachten Redebeiträge, die zum Teil fehlende öffentliche Relevanz oder die völlig in die Irre gehenden politischen Visionen, die im Parlament erörtert werden. Dafür allerdings kann die Internetpräsenz wenig. Eine FDP-Fraktion im Thüringer Landtag ist unbedingt notwendig, um diese Fehler abzustellen. Das wird 2009 oder auch früher geschehen.

Ihr

Patrick Kurth
Redaktionsleiter Thüringen Liberal

Selbstbedienung und Vollkasko-Mentalität

FDP fordert eine Reform der Abgeordnetenentschädigung

Steigende Steuern, sinkende Reallöhne, stagnierende Renten – und mittendrin eine Diätenerhöhung. Oft kocht die leidige Diskussion um die Bezüge unserer Bundestagsabgeordneten wieder auf. Die FDP will damit ein für alle mal Schluss machen. Das Thema erhitzt zurecht die öffentlichen Gemüter; entscheiden die Abgeordneten doch selbst über Struktur und Umfang ihrer Bezüge. Der Vorwurf der Selbstbedienung lässt da nicht lange auf sich warten. Auch stoßen hohe Altersbezüge auf Unverständnis. Die FDP fordert eine grundsätzliche Änderung dieser Regelungen.

Erstens soll eine vom Bundespräsidenten eingesetzte, unabhängige Kommission die Höhe der Abgeordnetenbezüge festlegen. Diese soll auch kritische Gruppen, wie etwa den Bund der Steuerzahler beinhalten. Die Höhe der Diäten ist so festzulegen, dass da-

mit die Unabhängigkeit der Abgeordneten gewährleistet bleibt. Zur Einsetzung dieser Kommission ist zwar eine Grundgesetzänderung nötig, doch dürfte der Vorwurf der Selbstbedienung somit ein für alle mal aus der Welt geschafft sein.

Zum Zweiten sehen die Liberalen einen akuten Reformbedarf bei den Pensionsbezügen. Zur Zeit gilt: Einmal im Parlament und zwei Legislaturperioden durchgehalten, ausgesorgt fürs ganze Leben oder besser: Für die Pension. Die FDP fordert,

dass

mit dieser Vollkasko-Mentalität Schluss sein muss. Abgeordnete sollen für ihre Altersvorsorge selbst verantwortlich sein. Dies ist schließlich bei anderen freien Berufsgruppen auch der Fall. Die von der Kommission festgesetzte Höhe der Bezüge müsste diese Vorsorge selbstverständlich berücksichtigen.

Für die FDP ist klar: Die im Grundgesetz verankerte Unabhängigkeit der Abgeordneten muss in jedem Fall gewahrt sein. Sie sind jedoch dem Wähler verpflichtet. Dieser sollte nicht das Gefühl haben, dass sich seine gewählten Vertreter üppig bedienen und dann ins gemachte Nest setzen.

Reinhard Humplair



Stiftung für die Freiheit

Friedrich-Naumann-Stiftung mit neuer Programmatik

Freiheit ist das Lebenselixier moderner Gesellschaften. Dass es in unserer Gesellschaft um dieses Elixier schlecht bestellt ist, zeigen nicht nur Umfragen. Für viele rangiert hier ein recht dürftiger Begriff von Gleichheit weit vor der Freiheit. Vor allem die Tagespolitik zeigt, dass die Bedeutung von Freiheit für das Leben der Menschen für Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Selbstverantwortung fast keine Rolle mehr spielt.

Mit dem Wechsel von „Stiftung für liberale Politik“ zur „Stiftung für die Freiheit“ wird die Friedrich-Naumann-Stiftung auch in Thüringen mit neuer Programmatik dem entgegenwirken. Natürlich geht es weiterhin um liberale Politik. Sinnvoll aber ist es, nicht nur den Weg zu betonen, sondern auch das Ziel. Daher macht die Stiftung deutlich,

dass Freiheit, Unabhängigkeit und Bildung unerlässliche Voraussetzungen für soziale Sicherheit sind. Leider neigen auch in Thüringen die Menschen dazu, sich dem Staat zu überantworten und die politische Herrschaft, wie sie die Politik selbst vermittelt, zu überschätzen. Diese Entwicklung führt direkt in das sanfte Wachstum staatlicher Patronage. Wenn ein Problem erst einmal in die Mühlen des Politischen geraten ist, wird der Eindruck forciert, dass eine politische Lösung möglich ist, völlig unabhängig davon, ob das sachlich zutrifft oder nicht.

Und ebenfalls forciert wird das Bild, wonach der Staat die Zukunft planen, gute Lebensbedingungen der Menschen umfassend erkennen, alle Entfremdungen und alle Gemeinschaftsabhängigkeiten bekämpfen sowie

alle oder doch die meisten sozialen und ökologischen Gefährdungen mildern kann. Eine solche Politik bedarf eines auf Freiheit pochenden Korrektivs. Dieses Gegengewicht wird die Stiftung für die Freiheit mit ihrer liberalen Position und ihren Zielen darstellen: Märkte offen halten, grundrechtliche Freiheiten vor allzu perfektem Sicherheitsstreben bewahren, den Raum privater Existenz und Initiative vor dem öffentlichen Zugriff schützen, die neuen postmodernen Glückslehren einer all zuständigen Politik kritisch hinterfragen. Hierfür werden wir verschiedene Tages- und Abendveranstaltungen anbieten und Sie sind dazu herzlich eingeladen: Besuchen Sie uns, nehmen Sie unsere Angebote wahr und bringen Sie Interessierte mit! Matthias Purdel, Landesbeauftragter Thüringen

Sommerhoch statt Sommerloch

Aktivitäten in den Kreisen



Bild oben: Generalsekretär Patrick Kurth (r.) besuchte mit Landesvize Franka Hitzing Landwirtschaftsbetriebe. Bild links: Derweil stellte sich der Liberale Mittelstand dem Wettbewerb beim Sömmerdaer Wildwasser-Rafting. Bild rechts: In Jena berieten die Liberalen um Kreischef Thomas Nitzsche (r.) – hier mit Kreisvize Alexis Taeger – ihr weiteres Vorgehen.

Das politische Sommerloch: Parlamentsfreie Zeit, kaum politische Neuigkeiten, Parteien im Urlaub, Kleinigkeiten bieten Sensationsmeldungen. Bei der Thüringer FDP sah das Sommerloch in vielen Kreisverbänden allerdings anders aus. Denn richtigerweise wurden diese Wochen vielerorts zur Aufarbeitung und Vorbereitung genutzt. Schließlich bot gerade der Sommer 2007 die Chance, das Superwahljahr 2009 grundlegend vorzubereiten. Oftmals nämlich bieten die arbeitsintensiven Monate im Herbst, Winter oder Frühjahr wenig Zeit, um Fragen und Konzepte zu Programmatik, Logistik oder Personal im Grundsatz zu diskutieren. Ob der Sommer 2008 dafür ebenfalls geeignet ist, scheint fraglich. Zumindest auszuschließen ist die Möglichkeit eines vorgezogenen Wahlkampfes nicht. Deshalb nutzten zahlreiche Gliederungen die vergangenen Wochen zur Diskussion der programmatischen oder strukturellen Erneuerung.

So etwa in Weimar. Dort gründete sich der Regionalverband Weimar, Jena, Weimar Land des Liberalen Mittelstandes. Norbert Staniszewski steht diesem als Präsident vor. Ihm stehen die Stellvertreter Sidney Balan und Kathrin Kössel, Schatzmeisterin, sowie sechs weitere Vorstandsmitglieder zur Seite. In Erfurt machten die Liberalen mit einem öffentlichen Sommerbrunch auf sich aufmerksam, in Saalfeld-Rudolstadt beteiligte sich die Kreis-FDP im August schon traditionell am „Detscherfest“. Bei diesem Volks-

fest werden sogenannte Detscher gebacken und verkauft, deren Erlös einer Kindereinrichtung zu Gute kommt. Auch in Sömmerda ist es für die FDP Tradition geworden, sich beim jährlichen Rafting-Fest dem Wettbewerb zu stellen. Boote des Landes- und Kreisverbandes sowie des Liberalen Mittelstandes und der Julis sorgten für liberale Öffentlichkeitswirkung. Im Unstrut-Hainich-Kreis stand wiederum die strukturelle Erneuerung im Zentrum. FDP-Kreischef Steffen Dreiling eröffnete gemeinsam mit Landeschef Uwe Barth, MdB, die neue Kreisgeschäftsstelle.

In Jena nutzte die FDP außerordentlich aktiv die Sommermonate. Kreischef Thomas Nitzsche rief zum „Liberalen Sommer“ auf. Ergebnis: Außergewöhnliche Beteiligung und gute Presse im Juli und August. Ein gutes Dutzend kleiner Arbeitsgruppen, teils unter Hinzuladung ausgewiesener externen Sachverständigen, leistete erheblichen programmatischen Vortrieb zu vielen kommunal- oder landespolitischen (Groß)-Themen. Beratungen gab es unter anderem zu einem Kulturkonzept, zu dem im Stadtrat (zu hastig) beschlossenen Energiekonzept und zu einem wirtschaftspolitischen Leitbild für die Stadt. In Arbeit ist darüber hinaus ein Konzept zur interkommunalen Zusammenarbeit, das in Abstimmung mit der Landesspitze und der VLK die beiden Landesparteitagsbeschlüsse zur Kreisgebietsreform substantiell ergänzen und noch klarer von anderen

Parteien abheben soll. Alle Ergebnisse werden im Herbst im Kreisvorstand zusammengeführt und abschließend der Kreismitgliederversammlung vorgelegt.

Nitzsche sieht die Intention des Liberalen Sommers vollauf bestätigt: Die FDP Jena habe erstens reichlich Material für die kommende Sitzungsperiode im Stadtrat. Ohne die Hektik des gar nicht mehr fernen 2009er Wahlkampfes sei zweitens ein großer Brocken, der dann vor Ort erforderlichen Programmatik gleich mit erledigt worden. Drittens sei das Projekt vor allem als ein Angebot an alle Jenaer Mitglieder gedacht gewesen – zum Mitmachen jenseits der Gremien. Die Beteiligung zeige, dass dies gern angenommen wurde. „Die Abschlussveranstaltung am 27.08. hatte mit fast dreißig Teilnehmern, darunter Uwe Barth, der frisch gebackene 65er Kalle Guttmacher und Alt-OB Peter Röhliger schon fast den Charakter einer Kreismitgliederversammlung.“ In seiner Auffassung bestätigt und doch beeindruckt zeigt sich Nitzsche aber vor allem davon, wie viel Wissen und Energie in seinem Kreisverband steckt. Auch zuletzt eher selten gesehene Mitglieder hätten sich über den Sommer sehr engagiert eingebracht – mit in der Summe ganz außerordentlichen Ergebnissen. Sein Aufruf an alle Kreisvorstände: Zapft dieses Potential für 2009 nicht zu spät an!

Thomas Nitzsche/pak/red



Wir feiern die Freiheit!

Uwe Barth zum Thema „Liberalismus“ – Alles andere als einfach

Die anderen Parteien – insbesondere die vermeintlichen Heilsbringer der „Linken“ – haben uns Liberalen etwas voraus. Mittels einfacher populistischer Parolen schaffen sie es ohne Schwierigkeiten, dem Bürger ein plastisches Bild der von ihnen angestrebten Gesellschaft oder Gesellschaftsordnung zu vermitteln. „Der Sozialismus“ weckt augenblicklich Konnotationen und lässt sich bei wirklich jedem gedanklich visualisieren, sei es durch die Vorstellung von Wachtürmen und Stacheldraht oder positiv gefärbt: Einer idealisierten neuen Weltordnung. Vergleichbar einfach ist es, sich die heile, grüne Ökowelt mit Sonnenblumen und Windrädern vorzustellen. Schwierigkeiten bereitet es dagegen schon fast, sich die Idealbilder einer Welt vor das geistige Auge zu rufen,

und freudlos darstellen, wie die Steuer-, Haushalts- oder eventuell Wirtschaftspolitik. Dennoch ist es schwierig, dem Bürger zu vermitteln, wie eine Gesamtgesellschaft konstruiert ist, bei der die Freiheit und individuelle Verantwortung Ausgangspunkt ist und der Staat als gesellschaftlicher Rahmen in den Hintergrund zu treten hat. Unmöglich ist es hingegen nicht.

Wir Liberale feiern die Freiheit. Sie ist liberales Kerngeschäft. In einer liberalen Gesellschaft, in der sich das Individuum nicht bis zur Selbstaufgabe den Wünschen des Souveräns oder Kollektivs unterzuordnen hat, steht der Mensch im Vordergrund. Er soll sich frei entfalten können. Die freie Aneignung von Wissen, die kulturelle Betätigung und nicht zuletzt die Definition und das in-

Regimen machen mussten. Ein weiterer Grund liegt darin, dass wir mit der Verwirklichung unserer liberalen Ziele schon weit gekommen sind und vieles für die Menschen in unserem Land mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Als Beispiel sei an dieser Stelle die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes genannt. Nur durch die Ideen und die Hartnäckigkeit der FDP konnte in den 1990er Jahren das Post- und Telekommunikationsmonopol der Deutschen Post abgeschafft werden. Heute kann jeder von innovativen Produkten und Dienstleistungen profitieren. Aber wer erinnert sich noch daran, dass das ein Ergebnis liberalen Denkens ist?

Doch wir dürfen uns nicht entmutigen lassen. Vielleicht bietet die Engstirnigkeit der linken Dogmen und ihr Aufkeimen gerade jetzt eine gute Gelegenheit, um mit neuem Schwung für die Werte der Aufklärung zu werben: Wissen, Wahrheit und Vernunft gegen Ideologie, Vorurteil und Unterwürfigkeit.

Die Errungenschaften der Trennung von Staat und Religion, der politischen und individuellen Rechte und Freiheiten, die Selbstbestimmtheit des Individuums, die Vernunft und die Gleichberechtigung der Geschlechter sind von grundlegender Bedeutung. Diese gilt es, gegen andere Einflüsse (z.B. religiöse und politische Extremisten) zu verteidigen. Insofern müssen wir zwangsläufig zu Fundamentalisten werden, zu Fundamentalisten der Aufklärung.

Eine Liberale Gesellschaft, die die Werte der Aufklärung und die der Freiheit absolut setzt, bedarf grundlegender Voraussetzungen: Individuen, die sich als autonome, handlungsfähige und selbstverantwortliche Persönlichkeiten begreifen. Nur diese können die Chancen, die eine wahrhaft liberale Gesellschaft bietet voll ausschöpfen und dazu beitragen, dass das Gemeinwesen floriert.

Uwe Barth MdB

Dieser Beitrag wird fortgesetzt: In der nächsten Ausgabe der Thüringen Liberal wird Uwe Barth, an diesen Artikel anschließend, über Bildung, Hochschule und die dazugehörige Liberalität schreiben.

Liberalisierte Wasserversorgung

Kapitalrenditen für gutes Wasser

Wer erinnert sich nicht: Im Landtagswahlkampf 2004 wurde die Frage um Wasser und Abwasser die zentrale Auseinandersetzung in Thüringen. Letztlich hat sich Ministerpräsident Dieter Althaus mit einem Wahlgeschenk in Millionenhöhe die knappe Mehrheit erkaufte. Jetzt macht sich die EU an das Thema Wasser und will eine Liberalisierung in Angriff nehmen.

Im Telekommunikationsbereich hat dies gut funktioniert, im Energiesektor zahlen Verbraucher und Wirtschaft die Rechnung einer fehlgeschlagenen – oder besser einer politisch fehlerhaft umgesetzten – Privatisierung. Jetzt soll die Wasserversorgung auch in Deutschland liberalisiert werden.

Natürlich sind die durch die Stromliberalisierung entstandenen vier Großkonzerne Global Player, die durch die starke Stellung auf dem deutschen Markt auch international ein gewaltiges Wörtchen mitzureden haben. Dies könnte auch für den Wasserbereich gelten, führen Privatisierungsbefürworter gerne an.

Doch stellt gerade Wasser ein sehr sensibles, lokal nur begrenztes und wertvolles

Gut dar. Durchaus berechtigt ist daher die Frage, wie groß die Rolle von Kapitalrenditen und Shareholder-Value sein wird, wenn über nötige Investitionen in die Versorgungsinfrastruktur, also letztlich die Qualität des Trinkwassers und die Gesundheit der Bürger entschieden werden muss. Wie viel Aufwand muss betrieben werden, um bei Anteilseignern, die irgendwo auf der Welt sitzen, die Qualitäts- und Umweltstandards bei der Wasserver- und -entsorgung in Deutschland durchzusetzen. Und wer glaubt wirklich daran, dass man zwischen sieben lokalen Wasseranbietern auswählen kann, wenn das Wasser letztendlich aus einer Quelle, einem Versorgungsnetz und einem Wasserhahn kommt?

Die Gefahr besteht darin, dass ein unvollständiger Markt mit all seinen negativen Konsequenzen die Folge sein könnte. Veränderungen in der Struktur des deutschen Wasserversorgungssystems hin zu mehr Effizienz wären begrüßenswert. Jedoch sollten letztendlich die Bürger die Kontrolle über diese wichtigste aller Ressourcen behalten.

Reinhard Humplmair



die durch die Volksparteien geprägt ist: Miefig, spießig, kleinbürgerlich...?

Bei liberaler Politik denken viele Bürger vornehmlich an wirtschaftliche Aspekte. Nicht selten besteht das Missverständnis, dass sich die FDP den Interessen der „Großindustriellen“ verschrieben habe. Andererseits ist die FDP in den letzten Jahren auch mit Themen zum Bürger durchgedrungen, die sich vielen nicht ganz so entrückt, kalt

individuelle Streben von und nach Glück bleiben im Möglichkeitshorizont des Einzelnen. Auch die Ausgestaltung des persönlichen und familiären Kontextes wird nicht staatlich determiniert.

Dennoch fällt es häufig schwer, die Begeisterung für unsere Ideen zu entfachen. Ein Grund dafür ist wohl, dass viele innerhalb unserer Gesellschaft glücklicherweise keine Erfahrungen eines Lebens unter totalitären

fdp-thueringen.de

Neue Formen – Mehr Information – Liberales Internet

Neues Bildarchiv und Programmatikseiten, aktualisierte Lexikaartikel, der Newsletter-service des Abgeordneten – das Internetangebot der FDP Thüringen steigt beständig. Das ist notwendig. Denn das Internet nimmt bekanntermaßen für die tägliche Informationsgewinnung immer größere Bedeutung ein. Online-Zeitungen, unzählige Foren, Weblogs, Videoformate – Die Möglichkeiten zur Informationsgewinnung wachsen. Die FDP reagiert darauf und etabliert sich auch im Netz als Informationspunkt für liberale Politik. Die Bundespartei geht mit Formaten wie my.fdp, tvliberal oder niebelblog längst über die Grundversorgung einer einfachen Homepage hinaus.

In Thüringen haben die Liberalen mit www.liberales-lexikon.de eine neue Form

für die Vermittlung liberaler Inhalte entwickelt. Politische Forderungen und Positionen der Thüringer FDP können mit nur wenigen Klicks recherchiert werden. Die Artikelform der Fachprogrammatik sorgen für Lesbarkeit und Verständlichkeit. Bis 2009 sind sämtliche für Thüringen relevante FDP-Positionen im Liberalen Lexikon nachzulesen. Grundsatzpapiere und Parteibeschlüsse, bei denen ausführlichere Inhalte notwendig sind, werden indes im Bereich ‚Programmatik‘ von www.fdp-thueringen.de bereitgestellt. Auch dieses Segment ist überarbeitet worden und wird ständig aktualisiert. Das gilt ebenfalls für das neu eingerichtete Fotoalbum. Zahlreiche Kampagnen, Öffentlichkeitsauftritte oder Wahlkampfkationen der letzten Jahre wurden nunmehr im Bildarchiv aufbereitet.

Damit zeigen die Thüringer Liberalen die Gesichter, Personen und Veranstaltungen, die hinter programmatischen Papieren und liberaler Politik stehen.

Bereits seit 2003 bedient der Newsletter den Informationsbedarf von Interessierten und berichtet aktuell über Termine, Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Tiefer ins Detail wird ab Herbst ein neues Angebot gehen. Der FDP-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Uwe Barth berichtet künftig per Download-Newsletter direkt aus dem Reichstag. Neuigkeiten und Kuriositäten aus dem Bundestag, aktuelle Diskussionen und Beratungen wird Barth frisch von den Reichstagsfluren nach Thüringen berichten. Das Newsletter-Abonnement finden Sie auf www.fdp-thueringen.de. *red*



Interview mit neuem LFA-Leiter

Dr. Harald Mertes löst Jost Hofmann ab

Der Landesfachausschuss IV 'Gesundheit, Familie, Gleichstellung, Soziales' hat mit Dr. Harald Mertes einen neuen Vorsitzenden. Er löste Jost Hofmann ab. Beruflich ist Dr. Mertes Facharzt für Anästhesie. Thüringen Liberal sprach mit ihm.

ThL: Gesundheitspolitik ist Bundesangelegenheit. Was bespricht Ihr Ausschuss?

Mertes: Gesundheitspolitik wird in den Ländern umgesetzt. Zum Beispiel für den stationären Bereich durch das Landeskrankenhausesgesetz, im ambulanten Bereich durch

die kassenärztliche Vereinigung oder im Bereich der Notfallversorgung durch das Rettungsdienstgesetz – alles Bereiche der Länder und damit Gesprächsstoff für unseren Ausschuss. Außerdem bietet auch die Familien-, Gleichstellungs- oder Sozialpolitik eine ganze Reihe an Diskussionsbedarf.

ThL: Und welche Themen besprechen Sie aus diesen Bereichen?

Mertes: Schwerpunkt ist derzeit das Liberale Bürgergeldkonzept. Dieses Thema ist sehr groß und komplex. Beständig beraten wir auch Artikel aus dem Liberalen Lexikon.

Dabei werden alle Fachbereiche unseres Ausschusses einbezogen.

ThL: Wie setzt sich Ihr Ausschuss personell zusammen?

Mertes: Die Mitglieder kommen aus allen Bereichen: Natürlich Ärzte, aber auch Psychologen, Theologen und Ingenieure. Bei uns sitzen nicht fünf Ärzte und führen Fachgespräche.

ThL: Mit welchen Themen, die sie bearbeiten, sollte auch die Thüringer FDP offensiver umgehen?

Mertes: Das Bürgergeld. Dieser Komplex ist ein großer Kloß, den so kaum jemand kauen kann. Wer weiß schon, dass viele Ungerechtigkeiten durch das Bürgergeld beseitigt werden. Außerdem machen sich politische Mitbewerber dieses Konzept zu eigen. Das sollte die FDP so nicht hinnehmen.

ThL: Wie ist denn die Programmatik der FDP Thüringen aus Ihrer Sicht aufgestellt?

Mertes: Was die Themen meines Ausschusses anbelangt, verfügt die FDP über weit mehr programmatische Ansätze, als allgemein bekannt ist. Gerade das Liberale Lexikon gibt zu vergleichsweise vielen sozialen oder gesundheitspolitischen Fragen Auskunft. Wir bewerten und überarbeiten es stets.

Außerdem ist das öffentliche Bild der FDP immer noch zu kalt. Dagegen müssen wir sehr intensiv arbeiten und das muss auch der LFA IV inhaltlich untersetzen.

ThL: Was haben Sie im kommenden Jahr in Ihrem Ausschuss vor?

Mertes: Zunächst steht die inhaltliche Gremienarbeit im Vordergrund. Wir haben viel aufzuarbeiten und zu beraten. Allerdings werden wir perspektivisch stärker nach Außen gehen und externe Sitzungen z.B. in medizinischen oder sozialen Einrichtungen durchführen. *red*

Walther Rathenau

Liberaler Politiker, Industrieller und Schriftsteller

Vor 140 Jahren wurde Walther Rathenau geboren, vor 85 Jahren starb er durch ein politisches Attentat. Der vielseitig begabte und engagierte Politiker, Industrielle und Schriftsteller war einer der bedeutendsten Vertreter liberaler Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

In der ersten Lebenshälfte dominierte die Wirtschaft das Leben Rathenaus. Der Sohn des AEG-Gründers Emil Rathenau studierte Chemie, Physik, Philosophie und Maschinenbau und baute von 1893 bis 1898 die von der AEG gegründeten Elektrochemischen Werke Bitterfeld auf. Nachdem er 1899 in die leitenden Gremien der AEG eintrat, wurde er 1912 deren Aufsichtsratsvorsitzender und übernahm 1915 das AEG-Präsidentenamt. Rathenau stieg in den elitären Kreis der etwa dreihundert Männer auf, die in dieser Zeit Europas Wirtschaft lenkten. Aufgrund seiner Popularität war er Aufsichtsratsmitglied in über 80 Unternehmen.

Neben dieser beruflichen Tätigkeit wurde Rathenau schriftstellerisch aktiv und analysierte vor allem die moderne Welt des Kapitalismus und Materialismus. Politisch stand er dem Wilhelminismus oppositionell gegenüber. Befreundet mit Gerhart Hauptmann veröffentlichte er kurz vor dem Ersten Weltkrieg „Zur Kritik der Zeit“ und „Zur Mechanik des Geistes“. Obwohl er die moderne „Mechanisierung der Welt“ kritisierte, sah er durch zunehmende Vernetzung „eine einzige, untrennbare Wirtschaftsgemeinschaft“ voraus, was an die fortschreitende

Globalisierung denken lässt. Rathenau befand die Zeit der Nationalstaaten im Prinzip für beendet.

Neben Wirtschaft und Literatur fand Walther Rathenau ein weiteres Betätigungsfeld: Die Politik. Auch hierbei mit Weitsicht. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs machte er auf die unzureichende wirtschaftliche Vorbereitung des Reiches auf einen längeren Krieg aufmerksam. Als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im Preußischen Kriegsministerium hatte er maßgeblichen Anteil an der Aufrechterhaltung und dem Ausbau der Rüstungsindustrie während des Krieges. Nach dem Krieg war er an der Gründung des Demokratischen Volksbundes beteiligt, welcher für „die Errichtung eines freien, sozialen Staates mit einer Verfassung“ eintrat. Kurz darauf gründete er die Deutsche Demokratische Partei mit. Hier stieg er schnell zu den Wortführern auf.

1921 wurde Rathenau Wiederaufbauminister und gab alle Ämter in der Wirtschaft auf. Er trat für die sogenannte Erfüllungspolitik ein, weshalb erheblicher Widerstand gegen ihn erwuchs. Seiner Ansicht nach sollte Deutschland ein neues Vertrauensverhältnis mit dem Westen aufbauen, indem es die alliierten Reparationsforderungen erfüllte. Nach der Auflösung des ersten Kabinetts Wirth im Oktober 1921 wurde Rathenau im zweiten Kabinetts Wirth Außenminister. In Genua war er maßgeblich an der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages mit der Sowjetunion beteiligt, welcher Deutschland außenpolitisch mehr Handlungsfreiheit

verschaffte. Dies steigerte zwar seine Popularität, für die extreme Rechte blieb er wegen seiner Erfüllungspolitik und seiner jüdischen Herkunft jedoch das Feindbild. Am 24. Juni 1922 wurde Walther Rathenau auf dem Weg in sein Ministerium von Mitgliedern der rechtsextremen „Organisation Consul“ erschossen. Ein beteiligter Attentäter begründete später die Tat „als Tötung der Besten, damit das Neue entstehen kann.“ Reichskanzler Joseph Wirth prägte angesichts der Ermordung den Satz: „Der Feind steht rechts.“

Walther Rathenau ist eine Symbolfigur der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Als Jude und Deutscher, Denker an



Walther Rathenau (* 29. September 1867 in Berlin – † 24. Juni 1922, ermordet in Berlin)

der Schwelle von alter zu neuer Zeit war er ein Geburtshelfer der Weimarer Republik. Noch heute sind zahlreiche Straßen und Plätze nach ihm benannt und in Berlin trägt eine FDP-nahe Stiftung seinen Namen. Nahe der Stelle des Attentats befindet sich heute der „Rathenauplatz“. *kdl/R.H./red*



Silbitz Guss ist der richtige Partner von der Konstruktion bis zum Fertigteil

Silbitz Guss GmbH
Str. d. Jugend 2
07613 Silbitz / Thüringen

Telefon: 036693/80-0
Fax: 036693/80-251
Internet: www.silbitz-guss.de
E-Mail: info@silbitz-guss.de

Wir gießen für:

- Antriebstechnik
- Maschinenbau
- Energieanlagen
- Bahntechnik
- Werkzeugbau
- Motorentchnik
- Baumaschinen
- Hydraulik

Nichts für den Papierkorb!

Werden Sie Redaktionsmitglied bei der Thüringen Liberal: Schreiben und redigieren Sie Texte für die Zeitschrift der Thüringer FDP und setzen Sie Ihre eigenen Schwerpunkte in unseren Redaktionssitzungen. Bei Interesse kontaktieren Sie unsere Pressestelle.

Pressestelle der FDP Thüringen | Telefon +49 361 3455929 | eMail: kurth@fdp.de



Deutscher Bundestag

Wozu Thüringer Abgeordnete reden

„Erzählen Sie uns doch einmal, was Sie wollen, und nicht, was wir wollen!“ – Deutliche Worte des FDP-Landesvorsitzenden Uwe Barth im 16. Deutschen Bundestag. Seit 2005 vertritt er gemeinsam mit weiteren sieben Abgeordneten den Freistaat in Berlin. Insgesamt 126 Redebeiträge kamen in der derzeitigen Legislaturperiode aus deren Reihen. Uwe Barth liegt mit dreizehn Einzelbeiträgen (also 10,31 Prozent aller Thüringer Plenarbeiträge) an vierter Stelle hinter Cornelia Hirsch, Dr. Lukrezia Jochimsen und Frank Spieth.

Im Mittelpunkt der Reden und Anträge von Uwe Barth stand gemäß seinem Arbeitsschwerpunkt die deutsche Hochschulpolitik. Er äußerte sich zur Qualitätsverbesserung, den Regelungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes oder der Erhebung von Studiengebühren. Außerdem brachte er Entwürfe zum Ethikratsgesetz und zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ein.

Keinen Gebrauch von ihrem Rederecht machte die SPD-Politikerin Iris Gleicke. Auch

Volker Blumentritt (SPD) und Kersten Nauermann (DIE LINKE), Vorsitzende des Petitionsausschusses und damit Nachfolgerin des Thüringer EX-MdB Karlheinz Guttmacher (FDP), verhielten sich mit zwei Beiträ-



Uwe Barth MdB am Rednerpult des Bundestages.

gen eher zurückhaltend. Besonders viel zu sagen hatte DIE LINKE. Sie kommt auf 61 Beiträge im Parlament. Thematisiert wurden unter anderem die Förderung der Jugend, die Lage des Ausbildungsmarktes und kulturelle Aspekte.

Einen der folgenreichsten Anträge brachte bereits im ersten Parlamentsjahr der Erfurter Abgeordnete Carsten Schneider ein: Den Antrag der Bundesregierung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer. Dagegen hatte er übrigens noch wenige Wochen zuvor im Wahlkampf geschimpft und gezetert. Weitere Anträge, die von den Thüringer Abgeordneten im Bundestag auf die Tagesordnung gebracht wurden, umfassten die Gesundheitsreform, Patientenverfügungen, die Föderalismusreform sowie den Bundeshaushaltsplan für die Jahre 2006 und 2007.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Thüringer Abgeordneten im zweiten Plenarjahr deutlich öfter zum Einsatz kamen. Die Anzahl ihrer Redebeiträge im Bundestag konnte im Gegensatz zum letzten Jahr fast verdreifacht werden. *Christine Pörsel*

Skatmeister aus FDP

80 Jahre Deutsches Skatgericht in Altenburg. Beim Benefizturnier anlässlich der Jubiläumsfeier trat auch FDP-Landesvorstand Heinz Untermann an – und stach alle aus, im wahren Wortsinn. Untermann holte beim Turnier Platz vier und war mit dieser Wertung der beste Amateur unter den Skatspielern. So gesehen also Platz 1! Wir sagen: Herzlichen Glückwunsch an Heinz Untermann.

Neue Mitglieder

Wir begrüßen als neue Mitglieder unter anderem Christian Ackermann, Janin Czcke, Susanne Gottschling, Johannes Issmer, Birgit Jaeger, Diana Kessler, Karl Keusgen, Martin Kuntze, Birgit Lange, Dr. Thomas Lange, Frank Löffler, Francis Michael, Tobias Möhr, Ruth Nachtwey, Friedrich W. Schmitz, Mendy Simon, Ingo Stöckel, Dr. med. Katharina Suckert, Frank Ulbrich, Sebastian Wenzel sehr herzlich bei den Thüringer Liberalen.

GEBURTSTAGE

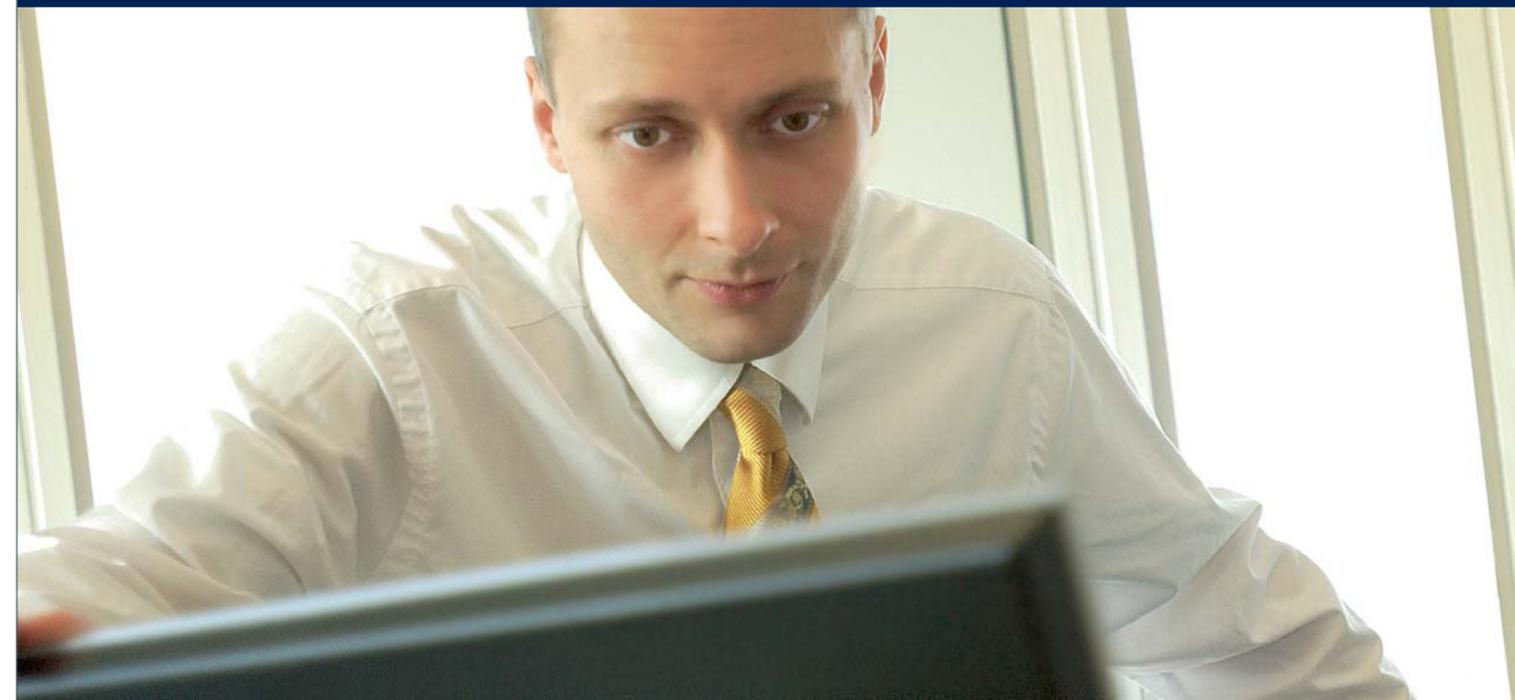
Thüringen Liberal gratuliert ganz herzlich zum Geburtstag: Christoph Burmeister, Paul Heinecke, Paul Gellner, Eike Gert Biehler, Anja Kolbe, Ingo Stöckel, Mendy Simon, Sandra Scherf-Michel, Thomas Biedermann, Doreen Hammer, Pierre Fenk, Ronny von Jan, Monika Haseküstner, Steffi Rahmig-Dode, Dirk Heinze, Ute Kemmerich, Reinhard Probandt, Steffen Kürschner, Lutz Recknagel, Jens Panse, Jürgen Leypold, Marian Koppe, Matthias Purdel, Andreas Voges, Eberhard Behlert, Sabine Frost, Karsten Komischke, Joachim Schirmer, Heike Bahn-Schultz, Rudolf-Hermann Huhn, Harald Mertes, Kathi Köberich, Andreas Klaschka, Maria-Elisabeth Grosse, Heidrun Morgan, Werner Brandler, Peter Bühner, Karin Zametta, Konrad Heineemann, Gerhard Möller, Günter Weidemann, Otto Ritzel, Bernd Leube, Norbert Ortloff, Bernd Kamstedt, Peter Fräbel, Kurt Lachmund, Karl-Heinz Meinhardt, Reinhard Bartsch, Herbert von Schlotheim, Wilhelm Schellenberg, Friedrich-W. Emmrich, Hartmut Sieckmann, Michael Spörer, Gerhard Tenner, Helmut Deubner, Ingeborg Assmann, Wilfried Fabig, Uta Wippert, Olaf Wemer, Wilhelm Steigleder, Hagen Stein, Brunhilde Mook, Dietrich

Germann, Eberhard Heinze, Horst Schau, Anneliese Lang, Ingo Leidner, Monika Sydow, Helge Lange, Franz Göhring, Erika Feistauer, Doris Klein, Elly Gössel, Helmut Hiepe, Herbert Seime, Fritz Jüngling, Hugo Hubert, Bernhard Hille, Günther Michel, Arno Bauer, Erich Kettner, Herbert Seyfarth und Elfriede Bechert.

Zum 40. Geburtstag besondere Gratulation an Robert Rauschelbach und Heiko Kahl, zum 50. Geburtstag an Gerald Pilz sowie zum 80. Geburtstag an Lothar Vollmar, Gerhard Häselbarth und Liesa Pörsel.

Besondere Glückwünsche gebühren auch dem Landesvorsitzenden und Mitglied des Deutschen Bundestages Uwe Barth zu seinem 43. Geburtstag. Seinem Vorgänger in beiden Ämtern, Kalle Guttmacher, gratulieren wir sehr herzlich zum 65. Geburtstag.

Herzlichen Glückwunsch auch an alle weiteren nahezu 400 Geburtstagskinder, die aus Platzgründen leider nicht namentlich aufgeführt werden konnten.



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

EU-UMWELTSCHÜTZER VERLIEREN DEN ÜBERBLICK

Omas Barometer wird verboten, die Energiesparlampe gepriesen

Ohne Not hat das Europäische Parlament in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause die Produktion traditioneller Barometer verboten. Die Abgeordneten stimmten für eine Richtlinie, mit der der Verkauf neuer quecksilberhaltiger Messgeräte in der EU untersagt wird. Damit ist der Weg frei für ein EU-weites Verbot von quecksilberhaltigen Thermometern, Barometern, Blutdruckmessgeräten und auch Fieberthermometern. Die neue Regelung bedeutet nun, dass nicht nur klassische Barometer verschwinden werden, sondern auch die letzten Handwerksbetriebe, die in Europa mechanische Barometer herstellen.

„Im Glauben, man könnte Quecksilber völlig verbieten, wird jetzt ein traditionsreiches Handwerk ruiniert“, sagt Holger Kraemer, der umweltpolitische Sprecher der FDP im Europaparlament. „Und morgen wollen einige Kollegen am liebsten die Energiesparlampe gesetzlich vorschreiben. Die enthält auch Quecksilber.“

Quecksilber schadet der Umwelt und über die Nahrungskette auch dem Menschen. „Es ist richtig, die Risiken beim Einsatz von Quecksilber zu minimieren“, so Kraemer. „Ein teures Barometer wird aber kaum weggeworfen, eine kaputte Sparlampe samt Quecksilber schon. Was nicht bedacht wird, Temperatur- und Luftdruckmesser wirft man nicht mal so eben in den Hausmüll. Denn jeder weiß, dass das Quecksilber entsorgt werden muss. Aber wer ahnt denn, dass in den superumweltfreundlichen Energiesparlampen ein Gift steckt, das gesondert entsorgt werden muss? Damit sind falsch entsorgte Leuchten die größere Gefahr für Umwelt.“

Kraemer ärgert sich immer wieder, wenn Politik vom Bauchgefühl bestimmt wird. „Gerade Umweltpolitik ist leider sehr anfällig für Bauchthemen. Um es auf den Punkt zu bringen: Es geht mir nicht um eine Brandmarkung der Energiesparlampe, sondern darum, dass mit dem nun erlas-

senen Verbot eine unverhältnismäßige Entscheidung getroffen wurde. Umweltpolitik, die inzwischen weitgehend zu einer Verbots- und Restriktionspolitik mutiert, folgt keinem integrierten Ansatz, sondern Tageslaunen. Montags werden gefährliche Chemikalien diskutiert, dienstags der Klimawandel. Das Ergebnis sind widersprüchliche Entscheidungen wie diese.“

Weltweit werden jährlich 3600 Tonnen Quecksilber verarbeitet, 300 Tonnen davon in der Europäischen Union. Der Bedarf für mechanische Messgeräte in der EU, vor allem Thermometer, wird auf 33 Tonnen geschätzt. Die durch das Verbot eliminierten 33 Tonnen dürften durch die in Mode kommende (und politisch propagierte) Energiesparlampe langfristig überkompensiert werden.

HOLGER KRAHMER . MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
KONTAKT: EUROPÄISCHES PARLAMENT . ASP 10C142 . 60 RUE Wiertz
B-1047 BRÜSSEL . TELEFON +32 2 28-45344 . TELEFAX +32 2 28-49344
HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU . HOLGER-KRAHMER.DE



Ein Leben für den Mittelstand

Alfred Bergner zum 70. Meisterjubiläum

Alfred Bergner, Mitglied seit 22.12.1945 (!), feierte im August sein 70. Meisterjubiläum. Alfred Bergner konnte nicht nur als Handwerksmeister, sondern auch als liberaler Kommunalpolitiker die Belange des Mittelstandes im Rahmen seiner Möglichkeiten vertreten. Das war in der DDR freilich nicht einfach. Stets verweist Bergner darauf, dass am Beispiel seiner Familie „verantwortungsvolles Verhalten der selbständigen Handwerker und des Mittelstandes insgesamt“ aufgezeigt werden könne.

Schon sein Großvater Otto Bergner, 1850 in Leipzig geboren, und sein Vater Max Berg-



Landesvorstand Heinz Untermann und Otto Ritzel, FDP-Kreischef Weimar Land, gratulierten Schneidermeister Alfred Bergner anlässlich seines Jubiläums.

ner, 1874 in Halle/Saale geboren, waren Schneidermeister. Alfred Bergners Vater war seit 1924 Obermeister der Schneiderzwangsinnung für Halle und den Saalkreis. Politisch engagierte er sich in der liberalen Wirtschaftspartei und war dort im Vorstand tätig.

Bergner selbst wurde am 01.01.1915 geboren. Erlern hat er das Schneiderhandwerk beim „Nähkönig von Halle“ Schneidermeister August Kandzia. Die Gesellenprüfung bestand er mit Note „sehr gut“, am 13.08.1937 legte er nach dem Besuch der Provinzial-Meisterschule in Magdeburg die Meisterprüfung mit „gut“ ab. Beim nachfolgenden Wehrdienst gehörte Bergner zu jenen Jahrgängen, die in Friedenszeiten eingezogen wurden und kurz vor Ende Ihrer Wehrdienstzeit in den Krieg gingen. Aus den 2 Jahren wurden so mehr als sieben-einhalb Jahre. „Diese überlebte ich glücklicherweise ohne Verwundung.“

Nur sechs Tage nach Entlassung aus der Gefangenschaft eröffnete Alfred Bergner am 01.07.1945 in Halle eine Maßschneiderei. Im Vorstand der Innung arbeitete er als Lehrlingswart, Vorsitzender der Einkaufs- und Liefergenossenschaften sowie als stellvertretender Obermeister. „Zeitweise war ich im Vorstand der Sozialversicherungskasse und im Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Landesbank, kurze Zeit auch Arbeitsrichter. Letztere drei Funktionen übte ich als Arbeitgebervertreter auf Vorschlag der Handwerkskammer aus.“

Am 22.12.1945 trat Alfred Bergner der Liberal Demokratischen Partei bei, auch dort mit Vorstandsfunktionen im erweiterten Landesvorstand und im Hauptausschuss der Sowjetischbesetzten Zone. Bei seiner erneuten Kandidatur dafür 1949 wurde er von der sowjetischen Kommandantur von der Kandidatenliste gestrichen.

Bergner baute seinen Betrieb weiter aus, steigerte die Belegschaft bis auf 16 Mitarbeiter; führte Steuern ab, Verbrauchsabgaben und die Arbeitgeberanteile der Sozialversicherungsausgaben. Der Staat profitierte davon. „Trotzdem gefiel das den Kommunisten nicht, es passte nicht in ihr politisches Bild. Privatinitiative war nicht gefragt in der Planwirtschaft der DDR, trotz der immensen Versorgungslücken. Und so wurde 1958 dann Druck auf mich und meine Kollegen ausgeübt. Wir mussten ‚freiwillig‘ unsere Betriebe in Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) aufgehen lassen.“ Bergner übernahm den Vorsitz über die PGH. Das brachte einiges mit sich: Im jährlichen Geschäftsbericht mussten, von der Handwerkskammer kontrolliert, die „Vorzüge des Sozialismus“, die „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ und ähnliches gepriesen werden. Fehlen durften keinesfalls Angriffe auf die „westdeutschen Modemonopolisten“ und auf „amerikanische Imperialisten“. „Es war dies alles sehr erniedrigend für mich. Ich konnte nicht mehr; wollte nicht vor mir selber ausspucken müssen.“ Er fing woanders neu an und fand seine neue Heimat 1966 in Bad Berka.

Bergner erhielt dort die Gewerbeerlaubnis und konfektionierte Kostüme, Damen-

röcke und Damenhosen für HO, Konsum und ein private Einzelhandelsgeschäfte. Nach kurzer Zeit wurde er stellvertretender, das spätere Angebot zum Obermeister lehnte er aber ab. Rentner wurde Alfred Bergner am 01.01.1980, den Betrieb löste er am 31.03.1981 auf.

Nach so langer Schaffenskraft zog Alfred Bergner ein schönes und dennoch politisches Resümee: „Mein Großvater, mein Vater, mein Bruder und auch ich, wir alle haben nie irgendwelche Vergünstigungen vom Staat erwartet, gefordert oder gar erhalten. Wir haben immer das ganze Risiko getragen, Steuern gezahlt und die Arbeitgeberanteile der Sozialbeiträge an die Kassen abgeführt! Unsere ehrenamtlichen Tätigkeiten kamen nicht nur dem Handwerk, sondern darüber hinaus der Allgemeinheit zugute.“

Die anderen selbständigen Angehörigen des Mittelstandes tun das auch. Sie tragen erheblich dazu bei, dass die Wirtschaft läuft, Menschen Arbeit haben und junge Leute ausgebildet werden!“ *red*

Die Thüringer FDP beglückwünscht ihr langjähriges Mitglied Alfred Bergner herzlich zum 70. Meisterjubiläum!

IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

Herausgeber ▶ FDP Thüringen · Pressestelle
Tschaikowskistraße 35
D-99096 Erfurt
Telefon +49 361 3456482
Fax +49 361 3455924
pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de

Redaktionsleitung ▶ Patrick Kurth

Redaktion ▶ Jost Hofmann (hjh)
Patrick Kurth (pak)
Klaus-Dieter Landgraf (kd)

Layout & Satz ▶ RAUM II Jahn & Ekelmann GbR
Ernst-Schneller-Straße 07
D-04107 Leipzig
Mobil +49 171 2142667
info@raum-zwei.com
www.raum-zwei.com

Erscheinung ▶ 'Thüringen Liberal' erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare.
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.